

# Westfalen-Blatt vom 26.06.2025

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn referiert auf Einladung des Arbeitgeberverbandes Minden-Lübbecke bei Denios

## Mit Sinn aus der Wirtschaftskrise?

Von Niklas Gohrbandt

**BAD OEYNHAUSEN (WB).**

„Wenn wir uns zusammenreißen und das machen, geht es auch wieder voran“, sagte Prof. Dr. Hans-Werner Sinn am Montagabend bei einem Vortrag in Bad Oeynhausen. Kurz zuvor hatte der ehemalige Präsident des Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung ein düsteres Bild der deutschen Wirtschaftslage gezeichnet – aber auch aufgezeigt, wie ein Weg aus der Krise aussehen könnte.

Der Ökonom vermittelte seine Sicht auf die komplexen Sachverhalte mit gewohnter Spitzzüngigkeit. Dazu eingeladen hatte der Arbeitgeberverband (AGV) Minden-Lübbecke, der gerade erst seine Jahreshauptversammlung abgehalten und seine Vorstandsmitglieder wiedergewählt hatte. Die frisch hergerichtete alte Scheune auf dem Gelände von Denios in Dehme, die das Unternehmen nun für Veranstaltungen nutzt, verleitete den gebürtigen Bielefelder, Anekdoten und Kindheitserinnerungen aus Bad Oeynhausen zu erzählen. Zu den Zuhörern im Publikum gehörte auch Bürgermeister Lars Böckenkröger.

In dem modernen Ambiente mit rustikalem Charme wies Hans-Werner Sinn darauf hin, dass Deutschland seit 2018 jedes Jahr das Schlusslicht bei der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gewesen sei. Erst jüngst habe uns Österreich abgelöst. Sinn beschrieb einen Zusammenhang zwischen dem Beginn der Abwärtsentwicklung und der „Machtergreifung einer ökologisch-ideologischen Gruppe“. Deren Ansatz, Wirtschaft durch Ge- und Verbote zu lenken sei falsch. „Da entscheidenden Leute mit fremdem Geld, die gar nicht bescheid wissen“, sagte der Ökonom. Hingegen seien nur Unternehmer, die ihr eigenes Geld riskierten, wegen des Risikos sorgfältig genug, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Hans-Werner Sinn beschrieb eine „erzwungene Deindustrialisierung“ und begründete diesen Begriff mit einer Reihe von Maßnahmen – vom Atomausstieg, über das Ende fossiler Brennstoffe bis zum Energieeffizienzgesetz, das vorschreibe, dass Deutschland bis 2045 seinen Energieverbrauch um 45 Prozent reduzieren müsse. Die Konsequenz seien 15 Prozent weniger Industrieproduktion in Deutschland seit 2018.

Pluspunkte dieser Politik konnte Sinn nicht ausfindig machen: „Öl, das wir nicht kaufen, verbrennt woanders.“ Das Argument, Deutschland



Der wiedergewählte Vorstand des Arbeitgeberverbandes mit Gastgebern und dem Gastredner (von links): Ricarda Fleer (Denios), Dr. Henrik Follmann (Follmann Chemie), Helmut Dennig (Denios), Dominik Dennig (Denios), Patrick Jacob (Fr. Jacob Söhne), Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Doris Höpfl (Harting Stiftung, AGV), Robert Falch (Minda Industrieanlagen) und Sven Hohorst (Wago). Verhindert waren Elisabeth Holland (Denz) sowie Matthias Paschke (Sparkasse Bad Oeynhausen-Porta Westfalica).

Foto: Niklas Gohrbandt

müsse eine Vorbildfunktion beim Klimaschutz einnehmen, funktioniere nicht – kein Land nehme sich die Bundesrepublik als Vorbild oder gehe gar hinterher. „Man muss sich ab und zu mal anschauen, ob wer mitgeht“, mahnte Hans-Werner Sinn. Nun sei „der große Goldrausch“ ausgebrochen – gemeint sind die großen Sondervermögen für Bundeswehr sowie Infrastruktur und Klimaschutz. Am Beispiel des jüngsten Nato-Ziels von fünf

Prozent erklärte Sinn, dass Deutschland allein hier 2,5 Billionen Euro in 12 Jahren investieren müsse, um dieses Ziel zu erreichen. Sollte Kanzler Merz das Potenzial der Grundgesetzänderung zur Aufnahme von Schulden ausschöpfen, gehe Deutschland beim Thema Zinslast in die gleiche Richtung wie die USA, warnte Sinn. Die müssten derzeit 12,8 Prozent ihres Haushaltes zur Kredittilgung ausgeben – mit Folgen für die Handlungsfähigkeit und Kre-

ditwürdigkeit des Staates. Der Ökonom schlussfolgerte: „Die privaten Investitionen sind 90 Prozent des Kuchens“, die Staatsverschuldung nehme den Privatinvestitionen aber das Geld weg.

„Die richtigen Reformen kosten kein Geld“, sagte Hans-Werner Sinn. Allein wegen der demografischen Entwicklung seien mehr Kinder und ein späteres Renteneintrittsalter nötig. Ebenso weniger Feiertage, denn in kaum einem anderen Land der Welt

werde so wenig pro Kopf und Jahr in Stunden gearbeitet, wie hier. „Wir können uns diese Statistik nicht erlauben“, warnte der Ökonom und empfahl, dass Arbeitnehmer den ersten Tag einer Krankheit selbst finanzieren sollten. Erst ab dem zweiten Tag solle die Versicherung einspringen.

Sinn kritisierte das Bürgergeld und forderte einen Bürgerlohn: „Wer keine Stelle findet, bekommt von der Kommune einen Besen.“ Zudem müsse die Integration von Migranten in das Sozialsystem zeitversetzt und nicht sofort erfolgen. Die Ergebnisse deutscher Schüler bei internationalen Vergleichen seien zudem ein „Armutszeugnis“.

Auf eine Rückfrage, ob die neue Bundesregierung die von Sinn vorgeschlagenen Maßnahmen auch angehe, sagte der Ökonom, es gebe zumindest wieder „Realpolitik“ und keine „Moralvortrüge“ mehr. Derzeit zeige sich vielmehr ein „großer Webfehler“ der Europäischen Union. Es brauche erst eine militärische Union und dann könne eine weitere Vereinheitlichung erfolgen. „Wir müssen die Vereinigten Staaten von Europa gründen“, forderte Sinn. Aber das sei Thema eines Buches, das er im Herbst veröffentlichen wolle.



Prof. Dr. Hans-Werner Sinn berichtete während seines Vortrages über Wege aus der deutschen Wirtschaftskrise auch von Kindheitserinnerungen aus Bad Oeynhausen.

Foto: Niklas Gohrbandt